

LESERBRIEFE

FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT

Es geht um den Grünzug

„Der Konflikt schwelt weiter“ vom 10./11. Dezember

Wo sind sie geblieben, die circa 900 Bürgerunterschriften? Wahrscheinlich versenkt in irgendeiner Schublade des Sozialreferates. Der Konflikt um die geplanten Bauten im Grünzug in der Frischluftschneise an der Herterichstraße 158 schwelt weiter. Circa 900 Bürger wehren sich. Bekanntlich lebt Demokratie von der ständigen Beteiligung an derselben durch die Bürger. Im April 2016 wurde im Ausschuss für Standortangelegenheiten für Flüchtlinge ohne vorherige Anhörung des Bezirksausschusses, der Bürgerversammlung, einstimmig eine Bebauung der Herterichstraße 158 beschlossen. Anzunehmen ist, dass mindestens die Hälfte der Beteiligten und der Stadträte nicht wusste, wo das geplante Verfahren stattfinden soll und schon gar nicht weiß, was es bedeutet, den Grünzug „anzuknabbern“.

Wie Herr Pauli, ein Bezirksausschussmitglied der CSU, richtig bemerkt, die Stadt führt Bauinvestoren exemplarisch vor, wie man die Grünverordnung erfolgreich aushebelt. Ein Teil der Grundstücke liegt im überregionalen Grünzug und unterliegt damit dem Landesrecht. Obwohl die Grundstücke im öffentlichen Interesse sind, wurden die Bürger weder informiert noch in irgendeiner Weise ins Geschehen mit eingebunden. Nein, das Handeln erfolgte unerklärlich rasch. Die Grundstücke wurden noch im November 2016 in Erbpacht an die Arbeiterwohlfahrt weiter gereicht. Im Winter kann der Baubeginn nicht erfolgen, trotzdem musste der Vorgang sozusagen vom Tisch. Warum?

Von Seiten der SPD, mit Unterstützung der Grünen, wird versucht, Bürger in Misskredit zu bringen, indem man unterstellt, dass der Bau von Flüchtlingsunterkünften unerwünscht sei. Im Stadtbezirk 19 sind überschlagsmäßig 2500 Personen in Unterkünften untergebracht, nicht aufgeführt sind die zahlreichen kleinen Wohngruppen, verteilt über den Stadtteil. Allein an der Forstenrieder Allee, wenn die Unterkunft denn nach den Eröffnungshindernissen durch die Formaldehydbelastung fertig gestellt ist, werden 200 Personen wohnen. Betreut durch einen äußerst motivierten, gut aufgestellten Helferkreis, ins Leben gerufen und angeleitet von CSU-Bezirksausschussmitglied Rosmarie Rampp. Von einer Ablehnung von Flüchtlingsunterkünften kann wirklich nicht die Rede sein. Sehr wohl lehnen Bürger die Bebauung im Grünzug und damit die Gefährdung der Frischluftschneise entschieden ab.

Roswitha Wohland, München